



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

24. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

14. März 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.35 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Rasterfahndung in NRW - Sachstand und Konsequenzen nach dem Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 11.02.2002 (s. Anlage 1)	7
- Bericht des Innenministers - ausführliche Diskussion	
2 Stand der eingeleiteten Maßnahmen und möglicher Erfolge bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus (s. auch den dem Ausschuss mit Datum 26. März 2002 zugegangenen schriftlichen Bericht des Ministers in Vorlage 13/1349)	10
Beantwortung einiger Fragen durch den Innenminister und den zuständigen Abteilungsleiter	

*) TOP 14 und 15 s. nichtöffentlicher Teil dieses Protokolls APr 13/526

- 3** **Polizeiliche Kriminalstatistik 2001** (s. Anlage 2)
Vorlage 13/1269 11

- Diskussion

- 4** **Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung
beamtenrechtlicher Vorschriften** (s. Anlage 3)
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2201 14

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den mitberatenden Haushalts-
und Finanzausschuss um die baldige Abgabe seines Votums zu bitten,
um dann in einer Sondersitzung dieses Ausschusses vor einer der
Plenarsitzungen im April über den Gesetzentwurf abzustimmen.

- 5** **Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-
Westfalen**
Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2280 14

Der Ausschuss einigt sich auf Vertagung dieses Punktes.

- 6** **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz und die
Hilfeleistung des Landes Nordrhein-Westfalen**
Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2146
Vorlage 13/1282
Zuschriften 13/1306 und 13/1374

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von
CDU und FDP ab.

**7 Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung
des Kommunalverbands Ruhrgebiet**Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2267

16

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag zusammen mit dem zu erwartenden, in dem Entschließungsantrag geforderten Gesetzentwurf der Landesregierung zu beraten und in einem ersten Schritt zu dem Themenkomplex nach der Sommerpause eine Anhörung durchzuführen.

**8 Nur gemeinsam lässt sich die soziale Stadt verwirklichen! - Integrative
Ansätze der Stadtentwicklung unterstützen und fortführen!**Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2203

17

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratung zu vertagen.

**9 Verordnung zur Durchführung des Modellvorhabens "Selbstständige
Schule" (Verordnung "Selbstständige Schule" - VOSS)**

Vorlagen 13/1264 und 13/1317

17

Der Ausschuss billigt die Verordnung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

**10 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur
Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des
Energiewirtschaftsrechts**

Vorlage 13/1321

18

Der Ausschuss stimmt der Verordnung einstimmig zu.

11 Landesplanungsbericht 2001
Vorlage 13/1069

18

Der Ausschuss vertagt die Beratung bis zum Abschluss der bei den Regionalräten eingesetzten Foren.

12 Härtefonds für NS-Verfolgte (s. Anlage 4)

18

Der Ausschuss ist damit einverstanden, als Nachfolgerin des von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannten Vertreters im Beirat zum Härtefonds für NS-Verfolgte, der sein Amt niedergelegt hat, die Landtagsabgeordnete Monika Düker und zu deren Stellvertreterin die Landtagsabgeordnete Sybille Haußmann zu bestellen.

13 Wo erfolgt die Einsparung der globalen Minderausgaben in Höhe von 26,9 Millionen Euro 2002 im Einzelplan 03?

18

- Auskunft des Staatssekretärs

4 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (s. Anlage 3)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2201

(vom Landtag am 28. Februar 2002 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend - sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Theodor Kruse (CDU) ist empört, dass die Koalitionsfraktionen entgegen der Vereinbarung, wegen des Einvernehmens in der Sache auf Redezeiten im Plenum zu verzichten, nun plötzlich einen Änderungsantrag präsentierten (s. Anlage 3).

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, den mitberatenden Haushalts- und Finanzausschuss um die baldige Abgabe seines Votums zu bitten, um dann in einer Sondersitzung dieses Ausschusses vor einer der Plenarsitzungen im April über den Gesetzentwurf abzustimmen.

5 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2280

(vom Plenum am 28.02.2002 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend - und an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Jürgen Jentsch (SPD) plädiert für Vertagung, um das Votum des Rechtsausschusses und die Auswertung von Stellungnahmen abzuwarten.

Karl Kress (CDU) erkundigt sich, ob der Innenminister beabsichtige, die im Rahmen der angekündigten neuen Ausstattung der Polizeifahrzeuge mit Video notwendig werdenden Gesetzesänderungen alsbald vorzulegen; wenn dies so wäre, könnte die Beratung der Gesetzentwürfe der CDU-Fraktion und der Landesregierung zusammen erfolgen.

Ob eine solche Koppelung gelingt, kann Innenminister **Dr. Fritz Behrens** noch nicht vorhersagen, denn zurzeit laufe ein von der Innenministerkonferenz angestoßenes Pilotprojekt, dessen Ergebnisse man noch abwarten wolle.

Anlage 1 zu APr 13/525

DIE GRÜNEN im Landtag NRW

Monika Düker MdL · Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

Herrn
Klaus Stallmann MdL
Vorsitzender des
Ausschusses für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform

im Hause

Monika Düker MdL
Innenpolitische Sprecherin

Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

☎ 02 11/884-25 60

☎ 02 11/884-35 29

Monika.Dueker@landtag.nrw.de
<http://home.landtag.nrw.de/mdl/monika.dueker>

Düsseldorf, 12.02.2002

Ausschusssitzung am 14. März 2002

Sehr geehrter Herr Stallmann,

hiermit möchte ich im Namen der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN darum bitten, bei der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform einen Tagesordnungspunkt „Rasterfahndung in NRW – Sachstand und Konsequenzen nach dem Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 11.02.2002“ vorzusehen.

Der Innenminister wird um einen Bericht gebeten.

Ich bitte Sie, Herr Stallmann, die Möglichkeit der Diskussion des Berichts in der Sitzung vorzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Monika Düker

*1. Fax an IM (L. Amidi)
2. D an alle Mitgl. des RIVV
+ Refer. + Steuerz. Dienst*

i.A. Andre Zöhren
wiss. Mitarbeiter

3. W.

13.02.02

F

Anlage 1 zu APr 13/525
 FDP - Landtagsfraktion
 Judith Pirscher
 Referentin für Rechts- und
 Innenpolitik, Hauptausschuss

Judith Pirscher FDP-Landtagsfraktion Postfach 10 11 43 40221 Düsseldorf

Herrn
 Stallmann MdL
 Vorsitzender des Ausschusses für Innere
 Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

per Fax

Platz des Landtags 1
 40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 - 2280
 Telefax (0211) 884 - 3627

eMail Judith.pirscher@landtag.nrw.de

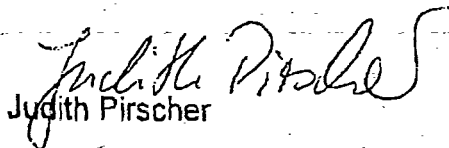
Düsseldorf, 12. Februar 2002

Sehr geehrter Herr Stallmann,

im Auftrag von Herrn Engel beantrage ich für die nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform folgende aktuelle Viertelstunde:

Rechtswidriger Antrag des Innenministers zur Rasterfahndung

Mit freundlichen Grüßen


 Judith Pirscher

1. Veran: Thema wird nach Rücksprache mit der FDP-Fraktion ein ordentl. TOP.

2. Fax an IM (H. Münch)

3. D an alle Mitgl. des AIVV + Refer. + Steuerz. Dienst

4. Wv.

13.02.02

F

Anlage 2 zu APr 13/525
FDP - Landtagsfraktion
Judith Pirscher
Referentin für Rechts- und
Innenpolitik, Hauptausschuss

Judith Pirscher F.D.P.-Landtagsfraktion Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Stallmann MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Innere
Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

per Fax

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 - 2280
Telefax (0211) 884 - 3627

eMail judith.pirscher@landtag.nrw.de

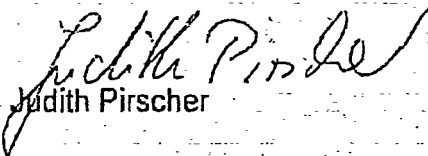
Düsseldorf, 17. Februar 2002

Sehr geehrter Herr Stallmann,

im Auftrag von Herrn Engel beantrage ich für die nächste Sitzung des Ausschusses
für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform folgenden
Tagesordnungspunkt:

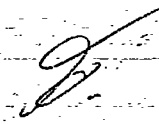
Polizeiliche Kriminalstatistik 2001.

Mit freundlichen Grüßen


Judith Pirscher

1. Fax an IM (R. Meib) -
2. D an alle Mitgl. des NIVV
+ Refr. + stenoogr. Dienst.
3. Wv -

18.02.02



Anlage 3 zu APr 13/525

Jürgen Jentsch MdL
Innenpolitischer Sprecher
der SPD-Landtagsfraktion

Monika Düker MdL
Innenpolitische Sprecherin
der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

11. März 2002

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
Herrn Klaus Stallmann MdL

im Hause

Sehr geehrter Herr Stallmann,

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des
Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften“
(Drucksache 13/2201 vom 13.02.2002) werden folgende Änderungsanträge gestellt:

1. In Artikel I Nr. 4 wird an den neuen § 7 Abs. 1 Satz 1 folgender Satz 2 angefügt:
„Daneben sind sie örtlich zuständig, wenn in ihrem Polizeibezirk Maßnahmen zum
Schutz polizeilicher Interessen erforderlich sind, die außerhalb des
Geltungsbereichs dieses Gesetzes verletzt oder gefährdet werden, sofern die
zuständigen Stellen diese selbst nicht hinreichend schützen können.“

Begründung:

Bei polizeilichen Maßnahmen z.B. nach den Ereignissen des 11. September 2001, hat sich gezeigt, dass Tatvorbereitungen in Nordrhein-Westfalen getroffen werden, die sich in anderen Ländern oder im Ausland auswirken. Sicherheitsbehörden anderer Länder oder Staaten haben jedoch in Nordrhein-Westfalen keine Befugnisse zur Gefahrenabwehr. Deshalb ist die vorgesehene Ergänzung des § 7 Abs. 1 Satz 1 um einen klarstellenden Satz 2 erforderlich.

2. In Artikel I Nr. 8 erhält Satz 1 folgende Fassung:
„§ 9 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:“

Begründung:

Satz 2 des bisherigen § 9 Abs. 1 soll mit seinem bisherigen Wortlaut erhalten bleiben.

3. In Artikel I wird nach Nr. 25 folgende Nr. 25 a eingefügt:

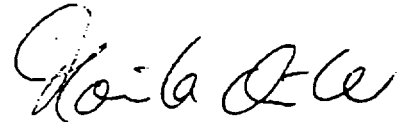
In § 18 Abs. 1 Satz 6 wird in beiden Fällen das Wort
„Jugendwohlfahrtsausschusses“ durch das Wort „Jugendhilfeausschusses“ ersetzt.

Begründung:

Die zutreffende Bezeichnung des in Rede stehenden Ausschusses lautet gemäß § 70
Abs. 1 SGB VII „Jugendhilfeausschuss“.

Mit freundlichen Grüßen


Jürgen Jentsch


Monika Düker

Ni

DIE GRÜNEN

im Landtag NRW

Johannes Remmel MdL • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
Herrn Klaus-Dieter Stallmann MdL

Im Hause

Johannes Remmel MdL

Parlamentarischer
Geschäftsführer

Umweltpolitischer Sprecher

Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

☎ 02 11/884-27 48

☎ 02 11/884-35 11

Johannes.Remmel-mdl

@landtag.nrw.de

http://www.johannes-remmel.de

Regionalbüro:
Flurenwende 17
57074 Siegen

☎ 02 71/23 90 305

☎ 02 71/23 90 306

regionalbüro@johannes-remmel.de

**Beirat zum Härtefonds für NS-Verfolgte
des Landes Nordrhein-Westfalen**

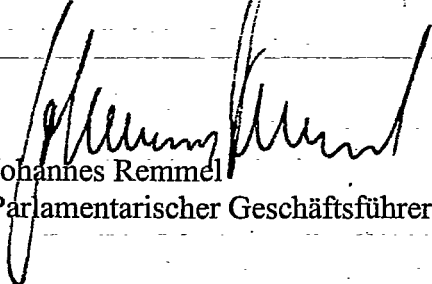
Düsseldorf, 31. Januar 2002/be

Sehr geehrter Herr Stallmann,

der von der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Landtag NRW benannte Vertreter im
Beirat zum Härtefonds für NS-Verfolgte hat sein Amt niedergelegt.

Die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN schlägt vor, diese Stelle ab Februar 2002 mit Frau
Monika Düker MdL zu besetzen. Da die Wahl der Mitglieder des Beirates zum Härtefonds
durch den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform erfolgt, bitte ich
Sie, die Nachwahl auf die nächste Tagesordnung dieses Ausschusses zusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Remmel
Parlamentarischer Geschäftsführer

- 1) Fax an Mt (L. Müll)
- 2) & alle Mitgl. des AIVV
+ Refer. + Senig-Herst
- 3) Nr (TO 14.03.02)

1.2.02
J

Ref. I 2

DIE GRÜNEN im Landtag NRW

Johannes Remmel MdL · Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Referat I.1
z.Hd. Herrn Fröhlecke

- im Hause -

Johannes Remmel MdL
Parlamentarischer
Geschäftsführer
Umweltpolitischer Sprecher

Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
☎ 02 11/884-27 48
☎ 02 11/884-35 11
Johannes.Remmel-mdl
@landtag.nrw.de
<http://www.johannes-remmel.de>

Beirat „Härtefonds des Landes NRW zur Unterstützung von NS-Opfern
aus Billigkeitsgründen“

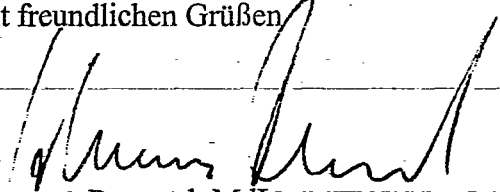
Regionalbüro:
Flurenwende 17
57074 Siegen
☎ 02 71/23 90 305
☎ 02 71/23 90 306
regionalbuero@johannes-remmel.de
Düsseldorf, 25. Februar 2002/be

Sehr geehrter Herr Fröhlecke,

meine Fraktion benennt als persönliche Vertreterin für das ordentliche Beiratsmitglied Frau
Monika Düker MdL:

Frau Sybille Haussmann MdL
Pastor-Lüpschen-Str. 82
52531 Düren

Mit freundlichen Grüßen


Johannes Remmel MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

- 1. Fax an LM (H. Meide)
- 2. D an alle Mitgl. des A1VV
+ Refer. + Steuerp. Dienst
- 3. Wv (Sitzung 14.03.)

26.02.02

